Es informiert Sie Frau Trachte

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563 6272
Fax (0202)
E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Herr Oberbürgermeister
Uwe Schneidewind

Antrag

Datum 10.02.2025

Drucks. Nr. VO/0157/25
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
13.02.2025	**Hauptausschuss**
17.02.2025	**Rat der Stadt Wuppertal**

Antrag der FDP zur Einstellung des Bebauungsplanverfahrens für die Moschee an der Gathe (VO/0637/13)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der FDP Wuppertal beantragt, der Rat der Stadt Wuppertal möge am 17.02.2025 beschließen:

Das Bebauungsplanverfahren für die Moschee an der Gathe wird nicht weiterverfolgt und der bestehenden Aufstellungsbeschluss (VO/0637/13) aufgehoben.

Begründung für die erneute Bewertung des Verfahrens zur Moschee-Planung :

Die Stadt Wuppertal steht uneingeschränkt für Religionsfreiheit, Weltoffenheit und eine pluralistische Gesellschaft ein. Ein multikulturelles Miteinander ist ein zentraler Bestandteil eines modernen, demokratischen Wuppertals. Ebenso ist die Unterstützung muslimischer Gemeinden für uns selbstverständlich.

Allerdings müssen religiöse Gemeinschaften, insbesondere wenn sie Unterstützung bei einem Bauprojekt erhalten, die Grundwerte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung uneingeschränkt vertreten. Hierzu gehört eine klare Abgrenzung gegenüber extremistischen Strömungen, eine eindeutige Positionierung gegen Antisemitismus sowie eine transparente und demokratische Gemeindearbeit.

In der Vergangenheit gab es berechtigte Zweifel an der Haltung der DITIB-Gemeinde in Wuppertal-Elberfeld zu genau diesen Fragen. Bis heute bleibt unklar, inwieweit sich der Verein glaubwürdig von extremistischen Strömungen distanziert. Insbesondere wurde die

Terrororganisation Hamas nicht eindeutig verurteilt, was in der aktuellen weltpolitischen Lage inakzeptabel ist. Eine Verharmlosung der Unterstützung der Hamas durch den türkischen Präsidenten Erdoğan, der 2024 den Hamas-Führer öffentlich in Istanbul empfangen hat, ist nicht hinnehmbar. Da DITIB als Organisation direkte Verbindungen zur türkischen Religionsbehörde Diyanet unterhält, besteht die ernsthafte Sorge, dass politische Einflussnahme aus Ankara auch in Gemeinden in Deutschland erfolgt.

Besonders besorgniserregend ist die Verstrickung von Einzelpersonen aus dem Umfeld der DITIB-Gemeinde in extremistische Bewegungen. So gibt es dokumentierte Fälle, in denen der Wolfsgruß – ein Symbol der rechtsextremen türkischen Grauen Wölfe – gezeigt wurde. Diese Gruppierung ist für nationalistischen Hass, Antisemitismus und Gewalt bekannt und wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Bewegung ist in zahlreichen Ländern Europas als extremistisch eingestuft, in Frankreich wurde sie 2020 offiziell verboten. In Deutschland gibt es immer wieder Forderungen nach einem Verbot, da die Organisation durch ihre nationalistischen Strukturen, ihre Gewaltbereitschaft und ihre ideologische Nähe zu autoritären Regimen eine ernsthafte Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt.

Das solche Vorfälle im Rahmen von Gemeindeveranstaltungen auftreten, wirft erhebliche Fragen auf, die bislang nicht zufriedenstellend beantwortet wurden.

Die geplante Moschee wäre nicht nur ein religiöses Zentrum, sondern auch ein prägendes Bauwerk im Stadtbild Wuppertals. Vor diesem Hintergrund muss gewährleistet sein, dass die Werte der pluralistischen Gesellschaft durch die Trägerorganisation vertreten und aktiv gefördert werden. Angesichts der offenen Fragen zur ideologischen Positionierung der Gemeinde erscheint es nicht vertretbar, dieses Bauprojekt zum jetzigen Zeitpunkt weiter voranzutreiben.

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert daher eine erneute Bewertung des Moschee-Projekts und einen vorläufigen Stopp des Bauvorhabens. Eine abschließende Entscheidung sollte erst nach einer umfassenden Klärung aller offenen Fragen sowie nach der nächsten Ratssitzung erfolgen. Hierbei erwarten wir von der DITIB Wuppertal-Elberfeld eine unmissverständliche Distanzierung von jeglichem Extremismus, eine eindeutige Positionierung gegen Antisemitismus, eine Absage an die staatliche Einflussnahme der Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan und eine glaubwürdige Einhaltung demokratischer Werte.

Die Stadt Wuppertal betont erneut, dass diese Forderung nicht gegen die muslimische Gemeinschaft als solche gerichtet ist. Vielmehr geht es darum sicherzustellen, dass in Wuppertal keine Strukturen gestärkt werden, die in Widerspruch zu den Grundwerten einer offenen Gesellschaft stehen. Der Rat der Stadt Wuppertal bleibt seinem Kurs der Unterstützung für Religionsfreiheit, Toleranz und Weltoffenheit treu – jedoch immer unter der Prämisse, dass diese Prinzipien von allen Akteuren gleichermaßen geachtet werden.

Solange keine eindeutige und glaubwürdige Distanzierung der DITIB-Gemeinde von extremistischen Strömungen erfolgt und keine uneingeschränkte Verpflichtung auf die demokratischen Grundwerte sichergestellt ist, kann der Neubau nicht wie geplant umgesetzt werden.

Unterschrift

Karin van der Most
Fraktionsvorsitzende

René Schunck
Fraktionsvorsitzender

Anlagen

keine